



Afrika verliert – Europa gewinnt?

Ihre Exzellenz Nana Bema Kumi, Botschafterin von Ghana bei der Europäischen Union und in Belgien, über die Aussichten einer neuen Partnerschaft zwischen der EU und Afrika



Nana Bema Kumi, seit Juni 2006 Botschafterin bei der Europäischen Union.

Beim Gipfel in Lissabon wollen die Europäische und die Afrikanische Union erstmals eine gemeinsame EU-Afrika-Strategie verabschieden. Was erwarten Sie von einer solchen Strategie?

Diese Strategie ermöglicht Afrika und Europa, die bestehenden Bindungen zwischen den zwei Kontinenten zu festigen. Als afrikanische Länder erwarten wir, dass der Entwicklungsaspekt bei der neuen Strategie zentral ist. Wenn wir ein akzeptables Entwicklungsniveau erreichen, besteht die Chance, dass die künftigen Beziehungen zwischen Afrika und Europa sich im Hinblick auf die Sicherung von sozialem Zusammenhalt und gleichen Chancen friedlicher gestalten, als sie es derzeit sind. Außerdem können wir, von der Form wirtschaftlicher Unterstützung, wie wir sie bisher kennen, wegkommen. Wenn wir weitermachen wie bisher, werden unsere Länder ihre Entwicklung niemals so in Angriff nehmen können, wie es eigentlich nötig wäre. Wir sollten die afrikanischen Länder so stärken, dass dies tatsächlich ermöglicht wird.

Das Thema „Migration“ wird heftig diskutiert. Wie beurteilen Sie die Debatte über afrikanische Zuwanderer, die derzeit in Europa geführt wird?

Zunächst: Migration ist nichts Neues, und die Europäer haben selbst damit angefangen. Sie reisten überall hin und eigneten sich einige dieser Länder an. Zu ihrem Vorteil: Europa hat vom Handel mit diesen Ländern und durch die Auswanderung seiner Völker in diese Länder profitiert. Heute behandelt man afrikanische Migranten, die nach Europa kommen, als hätten sie irgendetwas falsch gemacht. Nichts haben sie falsch gemacht! Sie haben nur das getan, was Menschen schon seit jeher tun und was Teil von uns allen ist: der Wunsch, ihre Lage zu verbessern. Wenn europäische und afrikanische Behörden Migration so sähen, wären sie in der Lage, sie weniger emotional zu behandeln und für beide Kontinente vorteilhaft zu gestalten.

Seit einiger Zeit rekrutieren europäische Länder qualifizierte Einwanderer wie Krankenschwestern, Ärzte und Ingenieure aus

Afrika. In diesem Fall ist Einwanderung in Ordnung. Menschen ohne die begehrten Fähigkeiten werden nicht gut behandelt. Die Europäer vergessen, dass sie mit dieser Politik Afrika die qualifizierten Arbeiter entziehen, die es benötigt. Diese Menschen wurden mit afrikanischen Ressourcen ausgebildet. Afrika verliert – Europa gewinnt. Wir brauchen einen strukturierten Dialog, um zu erkennen, was Europa braucht, was wir Europa geben können und was wir dafür erhalten können. Vor allem muss die humanitäre Situation afrikanischer Einwanderer in Europa verbessert werden.

Eines der zentralen Themen der neuen Strategie ist gute Regierungsführung. Wie kann diese in Afrika am besten gefördert werden?

Regierungsführung hat verschiedene Dimensionen, eine soziale, ökonomische und politische. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Menschen eines Landes ihre politische Führung frei wählen können. Staatliche Institutionen müssen von unnötiger Einnischung durch die Politik unabhängig sein, Parlamente und Gerichtshöfe ungehindert arbeiten können. Die Regierungen sollten auch dafür sorgen, dass die Bevölkerung von guten sozialen Programmen profitiert. Bildung spielt dabei die zentrale Rolle. Wenn die Menschen gebildet sind, verstehen sie, was die Regierung tut und können das daher auch einschätzen. Investitionen im Gesundheitssektor sind ebenso wichtig. Wir müssen sicherstellen, dass zuerst und vor allem die Bevölkerung die Auswirkungen einer guten Regierungsführung zu spüren bekommt.

Derzeit verhandelt die EU ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS. Sehen Sie hierin irgendwelche Vorteile für Ghana?

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) waren ursprünglich dazu gedacht, zur Integration der Teilregionen der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) beizutragen und Vorteile für die einzelnen Länder zu schaffen. Bevor man jedoch über den Abschluss eines solchen Abkommens nachdenkt, benötigen wir Wirkungsstudien. Auch müssen bestimmte ökonomische Strukturen geschaffen werden, bevor wir die WPA überhaupt unterzeichnen können. Die EU muss diese Bedenken ernst nehmen und auf unsere Erfordernisse eingehen, bevor wir dieser Art von Liberalisierung zustimmen und unsere Märkte öffnen können. Wenn wir von einem sehr starken und von einem nicht so starken Partner sprechen, müssen wir erst ein bestimmtes Entwicklungsniveau erreichen, sonst könnten sich die WPA als nicht so vorteilhaft erweisen, wie sie die Europäer gern hätten.

Die neue EU-Afrika-Strategie sollte von den afrikanischen und europäischen Ländern getragen werden. Wird es der Afrikanischen Union gelingen, die Zivilgesellschaft an der EU-Afrika-Strategie zu beteiligen, sie mit einzubeziehen?

Ich werde nur für die Zivilgesellschaft in Ghana sprechen. Dort hat sie freie Hand, sich so einzubringen, wie sie es wünscht. Und sie entwickelt tatsächlich Ideen. Bei uns herrscht Rede- und Gedankenfreiheit. Die Zivilgesellschaft ist übrigens auch beim Thema WPA involviert. Ich glaube, in vielen afrikanischen Ländern herrscht eine ähnliche Situation, und ich glaube daher, dass sich die Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung der neuen EU-Afrika-Strategie sehr stark beteiligen wird.

Was ist Ihre abschließende Empfehlung für die EU-Afrika-Strategie?

Die Welt verändert sich derzeit sehr schnell. Wir sollten uns alle gemeinsam in ihr bewegen. Es kann nicht in irgendjemandes Interesse sein, einen Teil der Welt auszuschließen. Diese Dinge müssen wir gemeinsam tun.

Interview: Marc Baxmann, Anke Kurat (VENRO) und Dr. Hildegard Hagemann (Deutsche Kommission Justitia et Pax)



AFRIKAS PERSPEKTIVE – EUROPAS POLITIK

Afrikas Perspektiven stehen im Zentrum des VENRO-Projekts zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft, mit dem deutsche und afrikanische zivilgesellschaftliche Organisationen die offizielle Präsidentschaftspolitik kritisch und konstruktiv begleiten. Das Manifest „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ fordert die Bundesregierung auf, für eine armutsorientierte europäische Entwicklungspolitik einzutreten. Mit den Positionen zu den einzelnen Themen, die VENRO gemeinsam mit afrikanischen Partnern erarbeitet hat, sollen die Perspektiven der afrikanischen Zivilgesellschaften in die deutsche EU-Präsidentschaftspolitik eingebracht werden. Afrikanische und deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen fordern von der Bundesregierung, auf europäischer Ebene für folgende Punkte einzutreten:

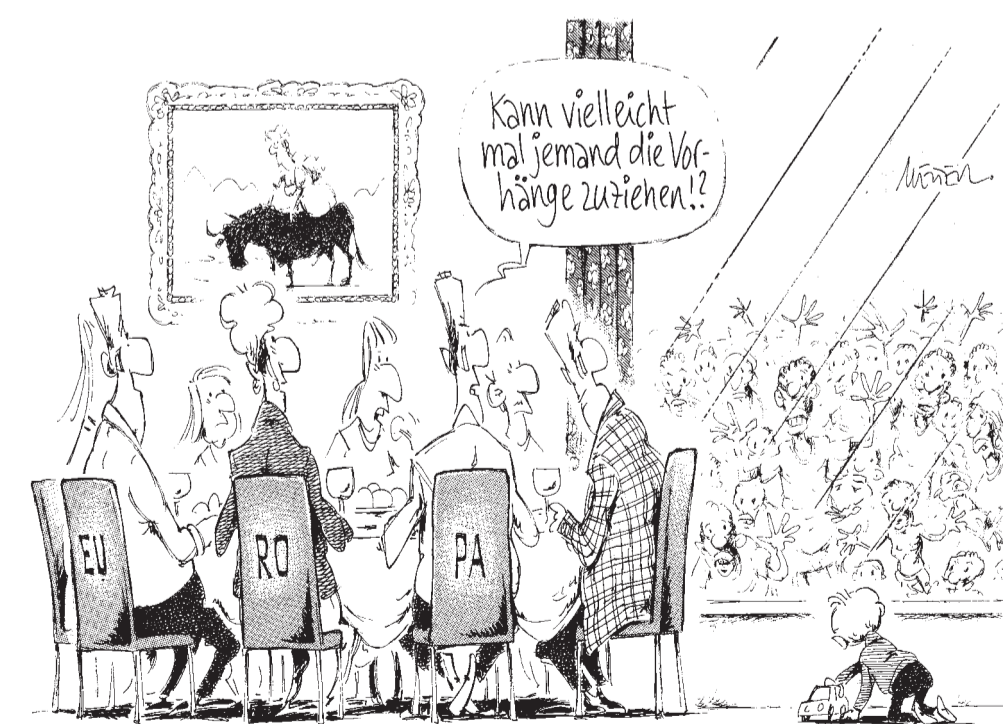
- **Gerechter Handel:** Vorfahrt für Entwicklung in regionalen Handelsabkommen sicherstellen,
- **Menschliche Sicherheit:** Prävention gewalttätiger Konflikte und Friedenskonsolidierung in den Vordergrund stellen,
- **Energiewende:** Erneuerbare Energie ausbauen und zugunsten von Entwicklung nutzen,
- **Klimawandel:** Afrika bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen,
- **HIV/Aids:** Universellen Zugang zu Prävention, Behandlung und Pflege gewährleisten,
- **Gender:** Die Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von Mädchen und Frauen als Querschnittsaufgabe umsetzen,
- **Die Rolle der Zivilgesellschaft als eigenständige politische Kraft stärken.**

www.afrikas-perspektive.de

Gemeinsame EU-Afrika-Strategie muss zivilgesellschaftlich begleitet werden

Die Europäische und die Afrikanische Union haben sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Auf dem EU-Afrika-Gipfel in Lissabon Ende des Jahres soll eine gemeinsame EU-Afrika-Strategie verabschiedet werden, die auf einem breiten Konsultationsverfahren basiert, an dem auch zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt werden sollen. Mittels Internetforen und Konferenzen soll jeder, der sich dazu berufen fühlt, die Möglichkeit erhalten, an diesem Prozess mitzuwirken. Man möchte keine weitere „Strategie der politischen Entscheidungsträger“, sondern eine, mit der sich auch die Zivilgesellschaft auf beiden Kontinenten identifizieren kann. Dies ist ein Paradigmenwechsel in der EU-Afrika-Politik. Während die EU-Strategie für Afrika aus dem Jahr 2005 ohne Afrika und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Perspektiven vereinbart wurde, bietet sich nun die Gelegenheit, europäische und afrikanische Interessen der Zivilgesellschaft einzubringen.

Gerade die Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Nord und Süd haben in dieser Hinsicht viel zu bieten: Sie kennen und repräsentieren die Bedürfnisse der europäischen und afrikanischen Zivilgesellschaft. Sie sind Katalysator und Sprachrohr der Interessen der Bevölkerung. In vielen afrikanischen Ländern, in denen der Staat zu schwach oder nicht willens ist, leisten NRO einen Großteil der sozialen Basisdienste, wie beispielsweise im Kongo. Die Schwerpunktthemen der zukünftigen Strategie sind „Frieden und Sicherheit“, „Regierungsführung, Demokratie und Menschenrechte“, „Handel



und regionale Integration“ sowie „entwicklungspolitische Schlüsselthemen“ wie Entwicklungsfinanzierung, Verschuldung, Infrastruktur, Migration, Gesundheit, Bildung und Klimawandel. Nun gilt es sicherzustellen, dass gerade legitime zivilgesellschaftliche Vertreter aus Afrika ausreichend Raum, Zeit und Gelegenheit erhalten, ihre Positionen einzubringen.

Auf dem offiziellen ministeriellen EU-Afrika-Troika-Treffen Mitte Mai wird ein erster Entwurf der Strategie präsentiert werden. Fraglich ist, ob eine wirkliche „ownership“ der Zivilgesellschaft erreicht werden kann. In Afrika haben bislang lediglich zwei zivilgesellschaftliche Foren in Addis Abeba und Accra stattgefunden. In

Europa hat es nur eine Konsultation im April in Bad Honnef bei Bonn gegeben.

Zudem gilt es zu verfolgen, inwieweit gerade die von der afrikanischen Zivilgesellschaft eingebrachten Positionen auch Eingang in die Formulierung der Strategie finden, die letztendlich in den Händen der Kommissionen liegt. Gerade die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten werden wenig Interesse daran haben, eine Strategie zu formulieren, die der 2005 verabschiedeten EU-Strategie für Afrika widerspricht. Möchte die EU jedoch eine gemeinsame partnerschaftliche Strategie entwickeln, muss sie bereit sein, ihre eigenen Positionen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls zu ändern. Ownership auf beiden Seiten kann nur durch einen offenen und ehrlichen Prozess erreicht werden, der gemeinsame, aber auch unterschiedliche Interessen und Ansätze offen legt. Die Grundlagendokumente vom European Centre for Development Policy Management, die mit der Organisation und Durchführung des Konsultationsverfahrens beauftragt wurden, deuten in die richtige Richtung. Die Europäische sowie die Afrikanische Union müssen jetzt beweisen, dass sie ein ernsthaftes Interesse an einer gemeinschaftlichen, gleichberechtigten und zivilgesellschaftlich begleiteten EU-Afrika-Strategie haben und den politischen Willen besitzen, diese im Sinne der Kohärenz und Effizienz der Zusammenarbeit auch als das maßgeblich leitende Referenzdokument zu etablieren.

Dr. Claudia Warning, VENRO-Vorsitzende



Mehr Glaubwürdigkeit gefordert

Über 50 Prozent der öffentlichen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit werden von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten geleistet. Zu Recht engagiert sich Europa seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft 1957 für die Überwindung von Hunger, Armut, Unwissenheit und Unterentwicklung. Aber dieses Engagement verliert an Glaubwürdigkeit, wenn Entwicklung nicht eine Dimension aller Politiken ist und wenn es an Kohärenz fehlt. Was nützen Projekte, in denen Textilien hergestellt werden, wenn auf den afrikanischen Märkten die Altkleidersammlungen Europas die einheimischen Produkte verdrängen, weil diese teurer sind. Was nützen Projekte, in denen Gemüseanbau betrieben wird, wenn die holländische Zwiebel auf dem Markt billiger ist als die senegalesische.

Die Verhandlungen zwischen Europa und Afrika zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen müssen der Entwicklung Afrikas dienen, nicht den Eigeninteressen der europäischen Staaten, die mit ihren Industrie- und Finanzprodukten auf die afrikanischen Märkte drängen. Mehr und fairer Handel ist zu Recht die Devise der Europäischen Union. Aber Handel führt nicht automatisch zu Entwicklung und Wohlstand einer Region. Auf die Bedürfnisse und Interessen des jeweiligen Entwicklungslandes ist Rücksicht zu nehmen. Für gewisse Übergangszeiten muss ein afrikanisches Land die Möglichkeit behalten, Produkte und Industrien in ihrer Entwicklung zu schützen, um die Armut und Unterentwicklung zu überwinden und eine nachhaltige Entwicklung anzustoßen. Zur Kohärenz einer europäischen Entwicklungspolitik für Afrika gehört auch die Vereinfachung der Ursprungsregeln für den

Export auf den europäischen Binnenmarkt und eine Aufhebung des Kumulierungsverbots. Zur Kohärenz einer Entwicklungspolitik der EU trägt die Entwicklung einer Handelspartnerschaft bei, die auf eine nachhaltige menschliche, soziale und ökologische Entwicklung in Afrika setzt. Die deutsche, portugiesische und slowenische EU-Ratspräsidentschaft müssen die Herausforderungen annehmen und das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission entwicklungsfreundlicher gestalten. Neben der Handelspolitik spielt die Landwirtschafts- und Fischereipolitik eine wichtige Rolle, um den Entwicklungsstand vieler afrikanischer Staaten zu verbessern. Der europäische Protektionismus in diesem Bereich hat eine lange Geschichte und ist ein Pfeiler der europäischen Integration. Die globalisierte Welt und die 1,3 Milliarden Menschen, die in absoluter Armut und von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, sind Grund genug, nicht nur die Agrarexportsubventionen abzuschaffen, sondern auch die Märkte für Agrarprodukte zu öffnen.

Besondere Aufmerksamkeit muss dem Zusammenhang zwischen menschlicher Sicherheit und Entwicklung gelten, weil es in Afrika viele fragile Staaten gibt und gerade in Postkonflikt-Situationen Entwicklungspolitik zum Wiederaufbau von Institutionen, zu neuen sozialen Netzen und zu Frieden beitragen können. Vor allem die Gender-Perspektive muss stärker in der Europäischen Politik berücksichtigt werden. Das gilt für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Nur 0,2 Prozent der 79 Milliarden US-Dollar sind auf Geschlechtergerechtigkeit und „empowerment“ von Frauen ausgerichtet, die ein Schlüssel für die Erreichung der

Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sind.

Mittel für die Entwicklungsfinanzierung sind zu erhöhen und durch innovative Finanzierungsinstrumente, wie eine Abgabe auf Flugtickets, zu ergänzen. Aber auch Wirksamkeit und Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit müssen gesteigert werden. Dazu gehört eine bessere Arbeitsteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sowie unter den Mitgliedstaaten selbst. Warum haben alle Mitgliedstaaten ihre Programme und Projekte in Tansania? Die Koordinierungsleistung muss der tansanische Staat leisten, dem es an Mitteln und Personal fehlt, um diese Sisypus-Aufgabe zu bewältigen. So kommt es zu Mehrfachprogrammen und Projekten, die sich überschneiden oder sogar in Widerspruch zueinander stehen können. Eine solche Entwicklungszusammenarbeit ist teuer, ineffizient und ineffektiv. Die EU muss die Entwicklungszusammenarbeit koordinieren, anstatt als 28. Mitgliedstaat aufzutreten. Dies liegt auch im Interesse der Steuerzahler.

Eine wirksame Entwicklungshilfe braucht aber nicht nur den Staat als Akteur. Die Zivilgesellschaft ist von großer Bedeutung, weil sie zu menschlicher Sicherheit und Entwicklung beiträgt. Sie muss an Entscheidungsprozessen auf der Geber- und Nehmerseite partizipieren, die viel transparenter werden müssen. Auch mehr demokratische Kontrolle ist gefragt. Die Unterschätzung, fehlende Einbeziehung und Unterstützung der Zivilgesellschaft in Europa und vor allem in Afrika führt zu Fehlentwicklungen, unter denen die Menschen und der Fortschritt in Afrika leiden.

Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath,
Stellvertretende VENRO-Vorsitzende



Eine Frau schiebt eine Aidskranke in einer Schubkarre durch das Gittertor einer medizinischen Außenstelle im Zaka Simbabwe.

HIV/AIDS IN RUANDA: Von der Schwierigkeit, die Menschen zu erreichen

Die Pilze im kleinen Lagerraum im Stadtteil Kabuga waren für den Verkauf an Hotels und gut situierte Häuser in Kigali und Umgebung bestimmt. Der Profit mit den selbstgezogenen Pilzen half dem Verein Girimpuhwe für Menschen mit HIV/AIDS, Transport und Verpflegung für die Mitglieder zu bezahlen, die auf antiretrovirale Therapie (ART) angewiesen waren.

Theoretisch steht ART für alle Bedürftigen in Ruanda zur Verfügung. In der Praxis allerdings profitieren nur die Menschen davon, die zum Gesundheitszentrum gelangen und durch ausreichend Nahrung die Nebenwirkungen der Medikamente begrenzen können. Die Krankenversicherung ist für Aidskranke kostenlos, aber Transport und Verpflegung sind nicht enthalten. Nur vereinzelt bieten Hilfsorganisationen umfassende Programme an.

In Girimpuhwes Lagerraum wurde es schließlich zu heiß, die Pilzfarm konnte nicht fortgeführt werden und das investierte Kapital ging verloren. Der Verein versuchte sich mit anderen Aktivitäten, wie der Herstellung von HIV/AIDS-Solidaritätsabzeichen, Kochen und Nähen. Seine Mitglieder arbeiten unentgeltlich. Dennoch übersteigen die Kosten für Transport und Verpflegung oft die Möglichkeiten des Vereins. Hoch sind auch die Kosten für die Krankenversicherung, die Girimpuhwe für die anderen Mitglieder mit HIV/AIDS zu übernehmen sucht, die die Bedingungen für die kostenlose Versicherung nicht erfüllen. Verschlimmert wird die Situation dadurch, dass Girimpuhwe – wie die meisten Vereinigungen von HIV-Positiven in Ruanda – gegen Vorurteile einer Gesellschaft ankämpfen müssen, die für sie zu sorgen vorgibt. HIV und HIV-Positive assoziiert beinahe jeder mit unschönem Tod und dem Tabu Sex. In Ruanda wirkt zusätzlich das Stigma des Genozids von 1994, wo Vergewaltigungen als tödliche Waffe benutzt wurden.

Armut ist ein weiteres Stigma. Nur Verzweifelte, die auf fremde Hilfe angewiesen sind, schließen sich den Selbsthilfevereinen an. Es gibt keine Integration von reichen und armen HIV-Positiven in Ruanda. Offene HIV-Positive sind in Ruanda mit hoher Wahrscheinlichkeit arm. Reiche Menschen kaufen Betreuung und Medikamente von privaten Kliniken.

Sogar nationale und internationale Aktivisten im Kampf gegen HIV/AIDS messen mit zweierlei Maß: HIV-Konferenzen werden in teuren Grandhotels abgehalten anstatt in Gemeindezentren mit niedriger Raummiete, wo ein Verein für HIV-Positive für die Verpflegung sorgen könnte. Sie unterstützen die Selbsthilfeorganisationen nicht mit aller Kraft, weil sie, wie viele Menschen weltweit, ihre eigenen Bedürfnisse viel besser rechtfertigen können als den Grundbedarf der Menschen, für die sie sich angeblich einsetzen.

Ausgrenzung und Scheinheiligkeit machen nicht nur angemessene Behandlung und Pflege von Aidskranken schwierig, sie behindern auch die HIV-Prävention. Wenn HIV nur mit Tod und dem Tabu Sex assoziiert wird, mit Genozid und Armut oder mit klassenbewussten Bürokraten und ihren scheinheiligen Botschaften, die heute empfehlen, Kondome zu benutzen und morgen die reine Enthaltensamkeit predigen, warum sollten dann ruandische Jugendliche über HIV nachdenken wollen, geschweige denn lange genug, um anschließend präventiv zu handeln?

Sicher werden ruandische Jugendliche, die im Radio Reden zum Thema hören, wissen, dass sie das Virus nicht wollen, dass es ihnen schadet. Aber das Bild der Krankheit und das Geschäft ihrer Bekämpfung sind so deprimierend oder scheinheilig, dass sie lieber alles über HIV vergessen wollen, anstatt sich damit zu befassen und Prävention ernst zu nehmen.

Um die HIV-Pandemie weltweit zu stoppen, brauchen wir nicht nur eine Revolution für ausreichende Mittel, sondern auch für die richtige Mittelverwendung. Jesse Hawkes, RAPSIDA, Ruanda (www.rapsida.blogspot.com)



Eine Frage des politischen Willens

Beim Treffen des EU-Ministerrates am 14. und 15. Mai 2007 werden die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), regionale Freihandelsabkommen zwischen der EU und 76 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP), ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Über diese Abkommen gibt es derzeit handfeste politische Auseinandersetzungen zwischen der EU und ihren ehemaligen Kolonien. Der Hauptgrund: Die EU möchte ihre Handelsbeziehungen vom bisherigen System einseitiger Zollbegünstigungen auf die Verpflichtung zur gegenseitigen Marköffnung umstellen. Die EU begründet diesen Wechsel damit, dass nur ein solches reziprokes Handelsregime in Einklang mit dem geltenden WTO-Recht stünde. Den europäischen Vorstellungen liegen jedoch ehrgei-

zige Abkommen zugrunde, die neue Marktzugänge für europäische Dienstleistungen, bei Direktinvestitionen und der Vergabe staatlicher Aufträge schaffen würden.

Die AKP-Staaten ihrerseits befürchten, dass die europäischen Eigeninteressen dabei im Vordergrund stehen. So wird es kaum afrikanische Finanzinstitutionen, Energieversorger oder Telekommunikationsunternehmen geben, die auf dem europäischen Markt konkurrenzfähig wären. Zudem würde es der EU damit noch leichter fallen, ihre subventionierten Agrarprodukte auf die afrikanischen Märkte zu drücken. Die Folge: Die Existenz vieler Kleinbauern wäre direkt bedroht. Und auch für Arbeitskräfte sollen die EU-Grenzen weiter geschlossen bleiben. Einzige Ausnahme bislang: Für Fotomodelle und

Küchenchefs aus der Karibik will die EU, die Zustimmung ihrer Mitgliedstaaten vorausgesetzt, die Grenzen kontrolliert öffnen. Der wirtschaftliche Nutzen dieser kosmetischen Lockerung des EU-Zuwanderungsrechts bleibt unklar. Entwicklungspolitische Ziele verfolgen die WPA damit nicht.

Statt einseitig den EU-Interessen dienender Freihandelsabkommen fordert ein Bündnis von über 200 Organisationen aus EU und AKP die EU-Mitgliedstaaten daher auf, Kleinbauern, Handwerker und die existierenden Industrien zu schützen und wirklich nachhaltige Alternativen anzubieten (www.epa2007.de). Alles nur eine Frage des politischen Willens der EU.

Dr. Klaus Schilder, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED)



„Die Weltbank muss generalüberholt werden“

Nnimmo Bassey, Vorsitzender von Environmental Rights Action/Friends of the Earth Nigeria, über die EU-Energiepolitik in Afrika

Herr Bassey, Sie verfolgen die Energieverhandlungen in den Vereinten Nationen (VN) schon länger. Während die NRO für eine Energiewende eintreten, sind die meisten Regierungen immer noch fest auf einem fossilen Energiekurs. Wie schätzen Sie die Rolle der EU hier ein?

Die Welt blickt buchstäblich auf die EU, um mehr Vernunft in die Diskussion zu bringen. Die NRO haben sehr klar gesagt, dass es nicht darum geht, ein paar kleinere Schritte zu gehen und dann zu denken, dass diese die Probleme lösen könnten. Wir haben gezeigt, dass ein neues Energieparadigma möglich und die Voraussetzung dafür ist, um überhaupt von nachhaltiger Entwicklung reden zu können. Die EU-Statements haben bisher durchaus eine Führungsrolle an den Tag gelegt, aber sie könnten weiter gehen.

Rhetorik ist eine Sache, aber wie sieht es mit der Realität der EU-Entwicklungszusammenarbeit in Afrika aus? Besteht diese den Nachhaltigkeitstest?

Die EU redet viel und gerne über Afrika. Der EU-Vorschlag für ein „Strategic Energy Assessment“ kommt zur rechten Zeit und könnte ein Gradmesser für die Effizienz der EU-Politik in Afrika werden. Die EU ist ein geschätzter Partner Afrikas, das hat ja auch mit der Geschichte zu tun, und deshalb erwartet Afrika von der EU konstruktive Unterstützung. Dies ist eine Gelegenheit für Europa zur Wiedergutmachung für historisches Unrecht. Zudem ist Afrika ein wichtiger Markt für die EU und ein Rohstofflieferant. Die gegenwärtigen energiepolitischen Strategien müssen überarbeitet und viel stärker auf erneuerbare Energien zugeschnitten werden. Dabei hat die EU viel Erfahrung. Ich würde sagen, die EU hat schon Fortschritte erzielt, aber jetzt wird es Zeit für eine Bestandsaufnahme. Die Aktivitäten sollten vorwiegend dezentral und „community based“ sein, wenn sie wirklich nachhaltig sein sollen. Sonst kommen mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder Entwicklungsruinen heraus, von denen wir schon genug gesehen haben.

Den europäischen Regierungen gehört mehr als ein Drittel der Weltbank, und damit haben sie für alles, was die Weltbank macht, auch ein hohes Maß an Verantwortung. Was sollte die EU in der Weltbank ändern?

Die Weltbank muss generalüberholt werden. Manchmal kann man sich kaum vor-

stellen, dass sie eine Institution der VN ist, da sie als Instrument der Unterdrückung der Schwachen und zur Bereicherung der Starken dient. Die Weltbank ist eine janusköpfige Kreatur, die dich in den Schlaf lullt und dann dein Blut aussaugt. Die Bank und ihre Schwester, der IWF, sind mit ihren Strukturanpassungsprogrammen in einem großen Ausmaß dafür verantwortlich, dass viele afrikanische Länder wirtschaftlich ruiniert wurden. Die Weltbank unterstützt insbesondere Projekte, die unsere Umwelt zerstören, unsere Volkswirtschaften verzerren, die Armut vergrößern und vorwiegend Interessen außerhalb Afrikas nützen. Die UN unterläuft gegenwärtig einen Reformprozess und versucht eine kohärente „einheitliche UN“ zu schaffen. Die Bank ist dabei ein Störfaktor für das gesamte UN-System. Die EU hat die Verpflichtung, diese Institution zu verändern.

Biokraftstoffe werden derzeit von vielen Regierungen propagiert, insbesondere in Öl importierenden Ländern. Welche Rolle können Biotreibstoffe für Afrikas Entwicklung spielen?

Biotreibstoffe sind sehr populär als Beimischung zu Treibstoffen. Manche afrikanische Länder, die auf Ölimporte angewiesen sind, glauben, dass sie sich damit von der Tyrannei der Ölpreise befreien können. Der Präsident des Senegal hat 2006 die „grüne OPEC“ verkündet, ein Kartell von Biotreibstoffproduzenten. Was nicht gesehen wurde, sind die Probleme, die entstehen, wenn landwirtschaftliche Flächen für Energieproduktion umgewandelt werden. Wenn der heutige Ölverbrauch durch Biokraftstoffe gedeckt werden soll, brauchen wir einen intensiven Anbau mit vielen, überwiegend negativen Konsequenzen.

Im Ergebnis bekommen wir Entwaldung, Nahrungsmittelknappheit und eine höhere Nachfrage nach Pestiziden und Düngemitteln. In Ghana haben einige Bauern sich jetzt geweigert, Jatropha für Biotreibstoffproduktion anzubauen, weil sie nichts produzieren wollen, was nur ein Industriezweig braucht. Sie sagen, wenn die Industrie das nicht mehr braucht, würden sie auf einer Fehlinvestition sitzen bleiben. Bioenergie hat ihren Platz im Energiemix. Aber am besten sind das nachhaltig und kleinbäuerlich produzierte Energiepflanzensysteme. Das brasilianische Beispiel wird oft zitiert, um zu zeigen, was ein Entwicklungsland erreichen kann. Aber wir müssen auch sehen, dass Brasilien dafür ein ausgeklügeltes Subventionssystem entwickelt hat. Kann sich Afrika das leisten? Das bezweifle ich sehr stark.

Sie kommen aus Nigeria, einem Land mit großen Ölvorkommen, aber die Öleinnah-



men haben zur Entwicklung Nigerias nicht wirklich beigetragen. Was für ein Potenzial haben Initiativen wie die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) für rohstoffreiche Länder?

Armut ist nicht notwendigerweise die Abwesenheit von Geld. Genauso gilt auch, dass Menschen nicht hungern, weil es keine Nahrungsmittel gibt, denn es gibt genug Nahrungsmittel, um alle Menschen zu ernähren. Das Ölgeld Nigerias hat den Ölgesellschaften enorme Profite beschert, obwohl sie in einem sehr schwierigen und gefährlichen Terrain arbeiten. Die Hauptakteure des nigerianischen politischen Systems tragen ihren Teil zu Korruption und vorgetäuschten Staatsausgaben bei. Das gegenwärtige politische Arrangement kann keine langfristige Entwicklung bewirken, weil es weder rechenschaftspflichtig noch transparent ist.

EITI wirkt darauf hin, diesen Zustand zu ändern. Aber es reicht nicht, darauf zu bestehen, dass die Ölgesellschaften offenlegen, was sie bezahlen. Sie müssen auch nachprüfbar offenlegen, was sie fördern. Berichte über überzogene Angaben der Reserven und flagrante Steuerhinterziehungen zeigen, dass die Ölgesellschaften zu Transparenz nicht bereit sind. Sie haben sogar zugegeben, dass sie in die steigende Gewalt, Korruption und sozialen Spannungen in den Ölgebieten und ganz Nigeria verwickelt sind. Dies wirft einen Schatten auf EITI. Die EU kann Druck auf die Konzerne ausüben, damit sie sich anders verhalten. Wenn das stattfindet, könnte EITI tatsächlich ein gutes Instrument werden, diese Branche zu sanieren.

Interview Jürgen Maier,
Forum Umwelt und Entwicklung

KLIMAWANDEL: Afrikanische Länder bei Anpassung unterstützen

Der jüngste Bericht des UN-Klimawissenschaftlergremiums IPCC ist mehr als deutlich: Der Klimawandel bedroht bereits heute Entwicklungsfortschritte und wird dies in der Zukunft noch mehr tun. Afrika ist eine der am meisten betroffenen Regionen. Auswirkungen auf Landwirtschaft und Wasserversorgung werden die Last für diejenigen erhöhen, die bereits heute unter Unterernährung und Wassermangel leiden. Die Verknappung dieser lebenswichtigen Ressourcen spielt zudem eine wachsende Rolle als Treiber sozialer Konflikte, zum Beispiel in der Darfur-Region. In den großen Städten an den Küsten Afrikas wird der Meeresspiegelanstieg die Lebensbedingungen von Millionen Menschen beeinträchtigen.

Das Jahr 2007 ist ein Meilenstein, um die internationale Aufmerksamkeit für den Klimawandel zu erhöhen. Aber wird es auch ein Meilenstein für die dringenden Bedürfnisse derjenigen sein, die heute bereits an den negativen Folgen des Klimawandels leiden: eine stärkere Unterstützung durch die Hauptverursacher?

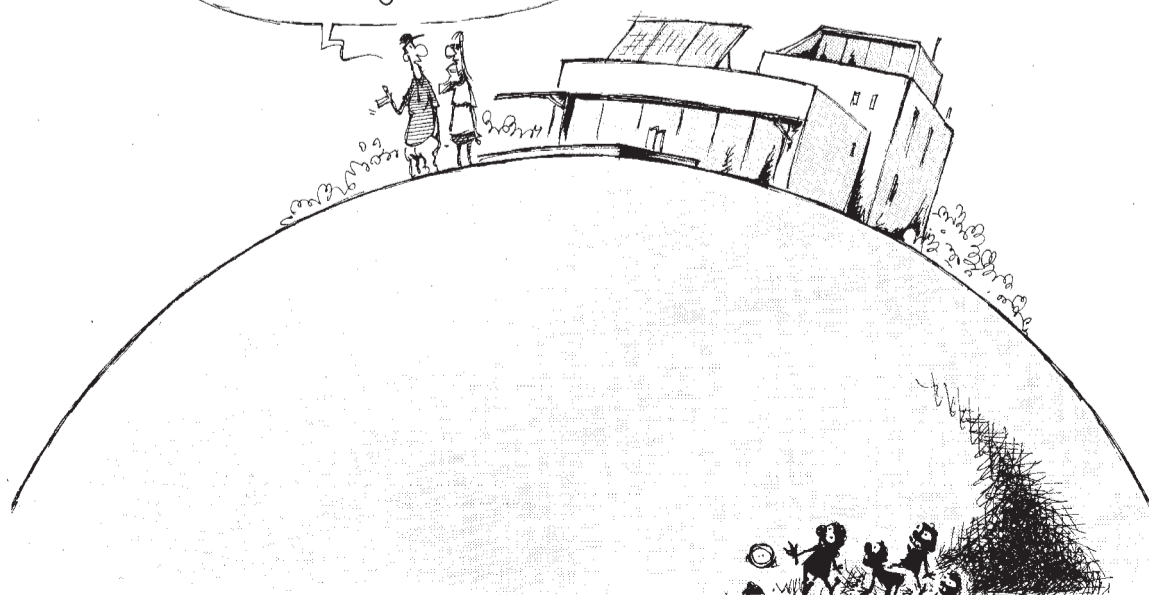
Deutschland spielt hier eine wichtige Rolle. In der EU- und G8-Präsidentschaft werden auch Maßnahmen zum Klimawandel diskutiert, und hoffentlich werden Worte zu konkreten Taten. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul und Umweltminister Sigmar Gabriel haben mehrfach geäußert, dass sie für die Industrieländer eine besondere Verantwortung sehen, die Länder und Menschen vermehrt zu unterstützen, die besonders verletzlich gegenüber dem Klimawandel sind. Und sie haben Recht, wenn sie sagen, dass es ohne zusätzliche finanzielle Ressourcen, vor allem für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Afrika, sehr unwahrscheinlich ist, dass diese Länder einem neuen Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 zustimmen werden. Optionen, um die verfügbaren Finanzmittel zu erhöhen, sind beispielsweise die Versteigerung von Zertifikaten im europäischen Emissionshandel und die Einführung einer Kerosinsteuer. Beide werden auch im VENRO-Manifest zur EU-Präsidentschaft und von der neuen zivilgesellschaftlichen Klima-Allianz (www.die-klima-allianz.de) gefordert, sind aber bisher von der Bundesregierung nicht eingeführt worden. Hierfür ist weiteres politisches Engagement notwendig, die Diskussionen gehen unter anderem im deutschen Parlament weiter.

2007 muss der Startpunkt für ernsthaftes Handeln zur Bekämpfung des Klimawandels werden und dafür, die besonders Betroffenen dabei zu unterstützen, die negativen Konsequenzen zu bewältigen. Dazu sind konkrete Maßnahmen auf EU- und G8-Ebene notwendig. Schließlich muss im Dezember beim UN-Klimagipfel auf der indonesischen Insel Bali ein starkes politisches Mandat für weitere Verhandlungen vergeben werden.

Sven Harmeling, Germanwatch

Wir hätten praktisch nur noch mit regenerativen Energieträgern: Subventionsgetreide, Sojabohnen, Brot vom Vortag...!

Miriam



alles öko

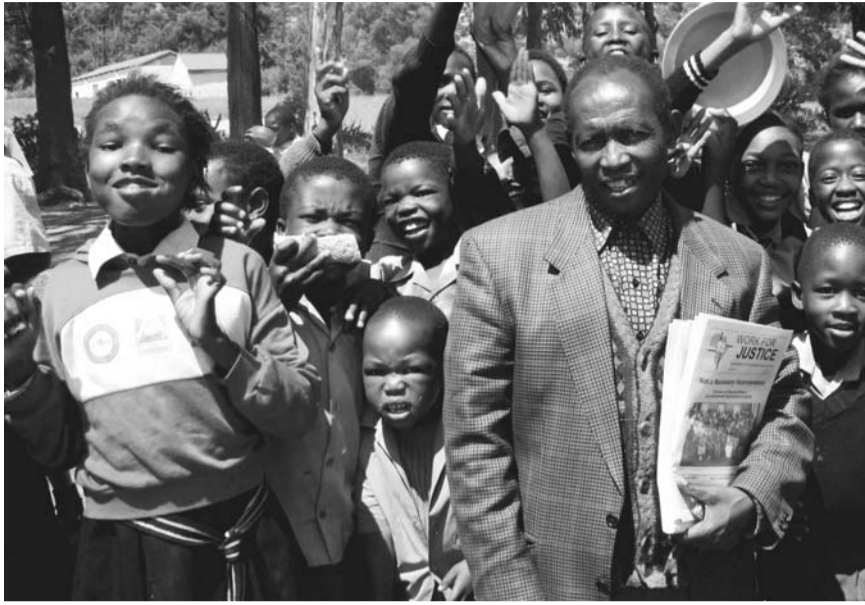
Responsibilities of Governments & Civil Society in the Fight against HIV and AIDS in Africa – The Way Forward to 2015

Internationale Konferenz
am 23. und 24. Mai 2007
Deutsche Welle, Bonn



AFRIKAS PERSPEKTIVE –
EUROPAS POLITIK
Das VENRO-Projekt zur
deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Im Blickpunkt der Konferenz steht die globale Antwort auf die HIV/Aids-Pandemie in Afrika vor dem Hintergrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des kommenden G8-Gipfels. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.afrikas-perspektive.de.



Schülerinnen und Schüler lernen den gewaltfreien Umgang mit Konflikten.

KONFLIKTBEARBEITUNG IN AFRIKA

Die Rolle von Kirchen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Kenia

Im Dezember 2002 wurde die langjährige Herrschaft Daniel Arap Moisi und seiner KANU in Kenia durch Wahlen beendet. Ende 2007 läuft die erste Amtsperiode der "National Rainbow Coalition" (NARC, Nationale Regenbogenkoalition) aus. In den wenigen Jahren gab es deutliche Verbesserungen. Die Zahl der absolut Armen sank von 55 auf heute 45 Prozent, die soziale Grundversorgung der Bevölkerung hat sich verbessert und die Wirtschaft ist leistungsfähiger, weil die Infrastruktur wie Straßen und Energieversorgung in Ordnung gebracht wurden. Die Menschen spüren den Wandel zum Besseren.

Trotzdem ist die Situation in Kenia immer noch zerbrechlich. Die NARC ist dabei, den Grundstein für transparentes Regierungshandeln zu legen. Die Reform der Regierung zielt auf Effizienz und Verbesserung von Dienstleistungen. Alles weist darauf hin, dass die Regierung wirklich beabsichtigt, die Fehler ihrer Vorgänger zu korrigieren. Es gibt aber keinen institutionellen und politischen Rahmen für die Regierung, um die Vergangenheit zu bewältigen. Das kann, wie zum Beispiel aktuell in der Region Mount Elgon, auch zu Gewalttätigkeiten führen. Politische Banden, die sich

zu kriminellen Gangs entwickeln könnten, sind eine weitere typische Erscheinung in Ländern, die eine massive politische Veränderung durchmachen. Die dadurch oft entstehende Unsicherheit führt besonders bei der Jugend zu erhöhter Anfälligkeit für Agitation und Manipulationen. Neue Formen von Gewalt können die politische Neuausrichtung, den Demokratisierungsprozess und die Sicherheitssituation in Kenia unterminieren.

Auf der soziokulturellen Ebene fördert die Politisierung von ethnischen und religiösen Unterschieden Spannungen innerhalb und zwischen verschiedenen Gruppen. Analphabetentum und Unwissenheit über politische Zusammenhänge erleichtert die Manipulation von Menschen, ihre Mobilisierung in ethnische oder religiöse Richtungen.

Umweltbedingungen wie Klimaveränderungen und die abnehmende Ertragskraft der Böden haben in Verbindung mit dem Bevölkerungszuwachs zur Folge, dass es häufiger zu Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen, vor allem Zugang zu Wasser und zu Weide- oder Ackerland kommt. Die Kriege in der Region rund um Kenia, in der Region der großen Seen und im Sudan, in Zentralafrika und am Horn

von Afrika haben auch in Kenia einen massiven Zustrom von Schusswaffen zur Folge, vor allem in den ländlichen Gemeinden entlang der Landesgrenzen. Der erleichterte Zugang zu modernen Schusswaffen verstärkt die Neigung, Konflikte gewaltsam auszutragen.

Vor diesem Hintergrund hat der Nationale Kirchenrat von Kenia (NCKK) seine Friedensarbeit konzipiert. Ziel ist es, die Anstrengungen von zwei bisher getrennt voneinander operierenden Programmen so aufeinander abzustimmen, dass sich gegenseitig ergänzende und verstärkende Wirkungen erzielt werden können. Das "Community Peace Building and Development"-Programm (CPBD) zielt vor allem darauf ab, in den Gemeinden die Fähigkeit, auszubilden und zu stärken, Frieden zu schaffen und zu erhalten. Auf der nationalen Ebene wiederum soll das "National Agenda for Peace"-Programm (NAP) die strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen für ein friedliches Kenia mitgestalten.

Im Vergleich zu den meisten Nachbarländern hat die kenianische Gesellschaft es geschafft, ihre Probleme mit auffällig wenig Gewaltanwendung zu bewältigen. Das darf aber nicht zu der Annahme verleiten, Kenia sei vom Risiko kriegerischer Auseinandersetzungen nicht bedroht. Die Erhaltung des Friedens wird eine kontinuierliche Herausforderung für die kenianische Gesellschaft bleiben. Ein System zum frühzeitigen Erkennen von Konfliktsachen und die Fähigkeit und Bereitschaft der Menschen zum frühzeitigen Eingreifen müssen entwickelt werden. Dieses muss alle Ebenen von Gesellschaft und Staat einbeziehen. In den Gemeinden muss die Fähigkeit, konstruktiv mit Konflikten umzugehen, gestärkt werden. Über die Bildung von Netzwerken und durch Zusammenarbeit mit der Regierung und anderen für den Frieden arbeitenden Akteuren muss die nationale Friedensagenda in praktisches Handeln übersetzt werden. Denn letztendlich müssen die Kenianerinnen und Kenianer selbst ihre Vision eines friedlichen Kenias, in dem alle Gruppen willkommen sind, entwickeln und diese Vision Wirklichkeit werden lassen.

Oliver Kisaka Simiyu, Nationaler Kirchenrat von Kenia und Wolfgang Heinrich, Evangelischer Entwicklungsdienst

VENRO ist der Bundesverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Ihm gehören mehr als 100 deutsche NRO an, die als Träger der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind. Über Landesnetzwerke sind außerdem rund 2000 lokale entwicklungspolitische Initiativen und NRO vertreten.

Der Verband verfolgt das Ziel, den Einsatz der NRO für die Bekämpfung der Armut, die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu verstärken.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik,
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik,
- übernimmt Anwaltschaft für die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen und
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen.

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., www.venro.org

KOMMENTAR

Geschlechtergleichstellung umsetzen

Vor kurzer Zeit traf ich mit zwei Feministinnen aus dem südlichen Afrika und Mosambik zusammen, die zur Dynamik der Frauenbewegung seit den 1990er Jahren beigetragen haben. Wir erinnerten uns an die Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing und an das, was dort erreicht wurde. Mit Blick auf die aktuelle Situation fragten wir uns jedoch, warum die Geschlechtergleichstellung seitdem keine Priorität geworden ist und warum die Klärungsprozesse so langwierig sind. In der Praxis haben einige Regierungen das Thema zunächst ganz nach oben auf die Agenda gesetzt, und mittlerweile ist daraus ein Entwicklungsthema geworden. Letztlich geht es jedoch um den politischen Willen.

„Was versteht ihr unter ‚politischem Willen?‘“, fragte ich. „Politischer Wille“, so die Antwort, „bedeutet entschlossen zu sein, zu handeln, den Bedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen, und bemüht zu sein, diese Maßnahmen zugunsten des sozialen Wandels zu verwirklichen.“

Es geht nicht nur darum, Gesetzen und völkerrechtlichen Instrumenten zuzustimmen, wie viele unserer Länder das tun, sondern diese Gesetze in konkrete Maßnahmen zugunsten der Gesellschaft umzusetzen. Programme müssen entwickelt und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um Ungleichheiten und den geschlechtsspezifischen Unterschieden entgegen zu wirken. Entscheidend ist der Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen. Wie wird in globalen und nationalen Politikrahmen unseren Anliegen, den Anliegen der Menschen Rechnung getragen? Das Thema „Geschlechtergleichstellung und Entwicklung“ ist Bestandteil des globalen Politikrahmens, und unsere Länder haben die entsprechenden Abkommen unterzeichnet. Wenn ich politische Entscheidungsträger frage, wie sie Geschlechtergleichstellung in ihre Entwicklungsagenda integrieren, dann lauten die Antworten: „Wir überprüfen alle unsere politischen Aussagen auf Gleichstellungsaspekte“, „Wir berücksichtigen die Gleichstellungsaspekte in allen unseren Programmen“ und „Gleichstellung ist ein übergreifendes Thema in unserer Politik“. Aber sind diese Antworten zufriedenstellend? Entscheidend ist die Umsetzung.

Geschlechtergleichstellung und Entwicklung bedeutet, Menschen zuzuhören, ihren Ideen, Ansichten und Erfahrungen Gehör zu verschaffen, wie sie ihr Leben zum Positiven verändern können. Geschlechtergleichstellung und Entwicklung bedeutet, Frauen und Männer gleichberechtigt einzubinden und ihnen das Recht zu geben, Entscheidungen zu treffen. Maria da Graça Samo, Forum Mulher, Mosambik

EIN UMDENKEN IST ÜBERFÄLLIG

Die EU-Afrika-Strategie: Eine afrikanische Perspektive

Eine gemeinsame EU-Afrika-Strategie hätte vor einem Jahrzehnt außerhalb unserer Vorstellungskraft gelegen. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten waren stets geprägt von der Überlegenheit europäischer Staaten und – in der jüngeren Vergangenheit – von Europa als einem vereinigten und mächtigen Staatenblock. Von der Zeit des Sklavenhandels über den von der Jagd nach Rohstoffen motivierten Wettlauf um Afrika bis zu den jüngsten Unterstützungsprogrammen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) hat Europa seine Afrikastrategien immer allein formuliert und mit einem nur minimalen Beitrag Afrikas umgesetzt.

Eine solche Vorgehensweise ist für beide Kontinente ungeeignet und nicht aufrechtzuerhalten. Deshalb ist eine neue Sichtweise lange überfällig.

Eine neue gemeinsame Strategie eröffnet Chancen, birgt aber auch Risiken. Sie ist eine seltene Gelegenheit für die Menschen der beiden Kontinente, ihre früheren Erfahrungen zu überwinden, die zu dem heutigen Verhältnis der beiden Kontinente geführt haben. Sie bietet den Völkern eine Chance, gemeinsam eine neue Sichtweise zu definieren, die den Menschen beider Kontinente Nutzen bringen wird. Die zentrale Frage lautet: Sind die beiden Kontinente angemessen auf diesen Wandel vorbereitet und vor allem bereit, die daraus entstehenden Verpflichtungen zu tragen? Eine ohne Einschränkungen annehmbare gemeinsame Strategie zu entwerfen, zu verhandeln und zum Abschluss zu bringen, bedeutet für die Menschen beider Kontinente und insbesondere für die führenden Politiker eine enorme Verantwortung, neue Wege zu gehen. Beide Kontinente müssen lernen, sich neu einzu-



Joseph Ssuuna

schätzen und alte Verhaltensmuster abzulegen. Die Strategie darf keinesfalls für kurzfristige und verdeckte Interessen missbraucht werden. Die EU muss bei diesem Unterfangen als der stärkere Partner vorangehen und in dieser Partnerschaft großzügig, offen, flexibel und unterstützend sein.

Aber auch Afrika muss der Situation gewachsen sein und die innere Stärke unter Beweis stellen, die erforderlich ist, um effektiv mitzuwirken und seine Rolle als Partner zu erfüllen. Es ist wichtig, dass die Afrikanische Union und die Führungseliten in Afrika die internen Systeme der Rechenschaftslegung, der Demokratie und der guten Regierungsführung auf dem Kontinent stärken und ihnen Geltung verschaffen. Dies sollten eher Selbstverständlichkeiten in einer Partnerschaft sein als der Schwerpunkt der gemeinsamen Strategie. Bei der Umsetzung der Strategie sollten wir immer bedenken: Ein Europa, das unsensibel mit seinem Reichtum umgeht, riskiert eine ungewisse Zukunft für sich selbst und Afrika. Aber auch ein mittelloses Afrika, das hilflos in Selbstmitleid versinkt und seinem Nachbarn im Norden die Schuld dafür zuschiebt, bietet beiden Kontinenten eine ungewisse Zukunft.

Wir sollten es alle als Privileg empfinden, dass wir in einer Zeit leben, in der diese neue Strategie entwickelt wird. Damit haben wir die Chance, sie mitzugestalten. Der Prozess und erst recht die Ergebnisse legen uns allen eine große Verantwortung auf und erfordern selbstloses Engagement, gegenseitigen Respekt, Flexibilität und eine nicht nachlassende Konzentration auf die gemeinsame Vision, für deren Verwirklichung die Nachwelt uns angemessen beurteilen wird.

Joseph Ssuuna, Pelum Association, Sambia

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstraße 201, 53113 Bonn
Tel.: 0228/9 46 77-0, Fax: 0228/9 46 77-99
Internet: www.venro.org, E-Mail: sekretariat@venro.org

REDAKTION: Marc Baxmann, Anke Kurat, V.i.S.d.P.

SATZ UND LAYOUT: Irmgard Hofmann, Bonn, www.kava-design.de

DRUCK: Caro Druck, Ökohaus, Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt
FOTOS: VENRO (Seite 1, Seite 4 unten), Keystone/Bilderberg (Seite 2), Michael Riehle/Welthungerhilfe (Seite 3), Peter Lahann/EED (Seite 4, oben)

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die in dieser Beilage veröffentlichten Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Erschienen in der taz vom 14. Mai 2007

www.afrikas-perspektive.de